

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Staatsregierung
und Fraktionen
zur Asylpolitik



Seite 13:
Sächsischer Landtag
beim Tag der Sachsen
in Wurzen



Seite 16:
Neuer Internetauftritt
des Parlaments
ist online

Ausgabe
6.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

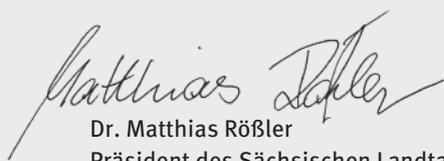
in allen drei Sitzungen im September hat die Asylpolitik auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags gestanden. In einer Sondersitzung haben die Abgeordneten das Miteinander der Demokraten gefordert, Hass und Gewalt verurteilt und sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen. Zügig müsse entschieden werden, wer bleiben kann und wer in die Heimat zurückgeführt werden muss. Ministerpräsident Stanislaw Tillich äußerte sich zu den gewaltsamen Ausschreitungen vor der Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau.

Die Fraktionen haben nicht nur dazu Stellung bezogen, sondern in Aktuellen Debatten erneut deutlich gemacht, dass die Aufgabe Asyl nur gemeinsam gemeistert werden kann, der Extremismus von rechts und links bekämpft, die Bürgergesellschaft gestärkt und nicht zuletzt auch Fortschritte bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda erzielt werden müssen. Die Flüchtlingsbewegungen aus zwei Kontinenten sind eine Herausforderung für die gesamte Europäische Union. Deutschland kann nicht allein alle Flüchtlinge aufnehmen.

Auch der Schuljahresbeginn und die Einstellung von fast tausend jungen Lehrkräften war wie immer im September ein heißes Thema, wobei die Opposition Kritik übte.

Am ersten Septemberwochenende 2015 haben wir wieder den »Tag der Sachsen« – das Fest unserer Heimat – gefeiert. Aus diesem Anlass habe ich gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten auf die humanitäre Pflicht hingewiesen, uns um die geflüchteten Menschen, die zu uns in den Freistaat gelangen, zu kümmern und ihnen eine Unterkunft und Betreuung zur Verfügung zu stellen.

Zwei Ausstellungen des Zentrums gegen Vertreibung und des Bundes der Vertriebenen, die sich mit der Geschichte von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg befassen, haben wir im Sächsischen Landtag gezeigt und im Landtagskurier für Sie dokumentiert.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

// Wanderausstellung der GEDOK im Bürgerfoyer // Titelfoto: O. Killig

PLENUM

| | |
|--|----|
| 18. Sitzung des Sächsischen Landtags Miteinander der demokratischen Kräfte gefordert Sondersitzung zur Asylpolitik: Landtag verurteilt Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge | 4 |
| 19. Sitzung des Sächsischen Landtags Aufgabe Asyl gemeinsam meistern CDU und SPD fordern Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda..... | 6 |
| Hintergrundinformationen zur Europäischen Migrationsagenda | 8 |
| 19. Sitzung des Sächsischen Landtags Alle Jahre wieder DIE LINKE: Das Märchen vom reibungslosen Start ins neue Schuljahr | 9 |
| 20. Sitzung des Sächsischen Landtags Kinder sind ein hohes Gut CDU und SPD wollen Qualität der Kinderbetreuung weiter schrittweise verbessern | 10 |
| 20. Sitzung des Sächsischen Landtags Nur die Spitze des Eisbergs GRÜNE fordern die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus | 12 |

AKTUELLES

| | |
|---|----|
| Nein, eine Gaststätte ist das nicht Eindrücke vom 24. Tag der Sachsen in Wurzen vom 4. bis 6. September 2015 | 14 |
| Serviceorientiert, informativ und bürgernah Neuer Internetauftritt des Sächsischen Landtags startet | 16 |

AUSSTELLUNG

| | |
|---|----|
| Allzeit »Neue Bahnen« Wanderausstellung der GEDOK im Bürgerfoyer | 20 |
| »Lassen Sie uns aus der Geschichte lernen!« Ausstellungen des Bundes der Vertriebenen und des Zentrums gegen Vertreibung | 21 |

GESCHICHTE

| | |
|--|----|
| »Ohne Geschichte versteht man die Gegenwart nicht!« | 22 |
|--|----|

SERVICE

| | |
|-----------------------------|----|
| Weitere Informationen | 24 |
|-----------------------------|----|

Migrationsagenda, Schulpolitik, Kinderbetreuung



Foto: S. Giersch

// Die 18. Sitzung des Sächsischen Landtags war eine Sondersitzung zur Asylpolitik, in der fraktionsübergreifend Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge verurteilt wurden. Auf der 19. Sitzung forderten CDU und SPD die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda und es wurde über den Beginn des neuen Schuljahres debattiert. In der 20. Sitzung ging es um die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und eine stärkere Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. //



18. Sitzung des Sächsischen Landtags

Miteinander der demokratischen

Sondersitzung zur Asylpolitik: Landtag verurteilt Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge

// Am 1. September 2015 ist der Landtag zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Auf der Tagesordnung standen Fachregierungserklärungen von Innenminister Markus Ulbig und der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, zur Gesamtaufgabe Asyl. Anschließend berieten die Abgeordneten über einen Antrag von LINKE und GRÜNE, der eine menschenwürdige Aufnahme sowie verlässliche Perspektiven für Flüchtlinge fordert. Zuvor hat sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich zu den gewaltsamen Ausschreitungen vor dem Erstaufnahmelager in Heidenau geäußert, wozu die Fraktionen Stellung bezogen haben. //

Uwe Nösner

Eine enthemmte Minderheit, so der Ministerpräsident, bedröhne und beschäme unser ganzes Land. Rassisten und Staatsfeinde hätten Mitmenschen angegriffen, terrorisiert und verängstigt. Gewalttätige Extremisten, aber auch diejenigen, die hinter ihnen herzögen, ständen nicht mehr auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung und seien eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden. Sie alle hätten damit einen gefährlichen

Schatten auf die Weltoffenheit Sachsens geworfen, die für die Zukunft des Landes ungemein wichtig sei. Es seien nicht verhandelbare Grenzen überschritten worden. Dafür gebe es kein Verständnis, keine Toleranz. Dagegen müsse es den Aufstand aller in unserem Land geben. Hass zerstöre Frieden. Hass zerstöre Freiheit. Hass zerstöre Demokratie und Gemeinschaft. Und Hass zerstöre Wohlstand. Tillich machte zudem deutlich, dass Extremisten

und Gewalttäter unnachgiebig verfolgt würden.

Neustart nur gemeinsam

Rico Gebhardt, DIE LINKE, rief zu fraktionsübergreifender Gemeinsamkeit auf. Es bestehe ein Konsens darüber, dass bei der Ankunft der Flüchtlinge pragmatische, unkonventionelle und schnelle, aber auch professionelle Vorgehensweisen

erforderlich seien. Ein dreitägiges Versammlungsverbot, dem beinahe ein Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau zum Opfer gefallen wäre, gehöre allerdings nicht dazu. Andererseits fände er es persönlich aber nicht richtig, wie sich einige Demonstranten in Heidenau gegenüber Innenminister Ulbig verhalten hätten. Es werde Integration in allen Richtungen gebraucht. Das sei in erster Linie eine Frage der Kultur und des Umgangs miteinander. Gebhardt bewertete es als richtig und wichtig, dass der Ministerpräsident in der Sondersitzung als Erster das Wort ergriffen habe, weil dieser die lauteste und deutlichste Stimme sein müsse, wenn es um die Würde des Menschen in Sachsen gehe.

Realistischer Blick

Frank Kupfer, CDU, zog aus den vergangenen Wochen den Schluss, dass Sachsen ein rechtsextremes Problem habe. Und der Staat müsse und werde dagegen mit aller Konsequenz vorgehen. Er verurteile ganz klar jegliche Form von Extremismus gegen Menschen, den Staat, unsere Gesellschaft, egal ob von rechts oder links. Neben den Gewalttätern, die natürlich hart bestraft werden müssten, gebe es Menschen in unserem Land, die Fragen und Sorgen hätten. Deren Anliegen müssten ernst genommen werden. Die Bürger erwarteten von der Politik völlig zu Recht, dass diese in Anbetracht der aktuellen humanitären und gesellschaftlichen Herausforderung Handlungsfähigkeit zeige. Und es werde ge-



Mit Anstand

Dirk Panter, SPD, sah die politische Verantwortung der gegenwärtigen Generation gegenüber den Großeltern wie auch den Enkeln darin, Frieden und Wohlstand für die Menschen in Sachsen und für jene, die in

nisse in Heidenau, Freital, Dresden, Döbeln oder Leipzig seien beschämend und eine Schande für Sachsen. Zugleich warnte Panter davor, Flüchtlinge einfach in die Kategorien richtiger Kriegsflüchtlinge und falscher Wirtschaftsflüchtlinge zu stecken. An diesem Punkt werde die Notwendigkeit eines transparenten Einwanderungsgesetzes deutlich. Deutschland – und Sachsen als ein Teil davon – sei ein Zuwanderungs-

hindern. Wenn sich die Vertragsstaaten nicht an die Dublin-Abkommen hielten, könne nur die Aussetzung des Schengen-Abkommens die Antwort sein.

Konsequenzen ziehen

Volkmar Zschocke, GRÜNE, forderte als erste Konsequenz ein Umschalten vom hektischen Reagieren, von Ad-hoc-Unterbringung ohne Ankündigung hin zu planvollem Handeln für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen. Alle Bemühungen der Kommunen um sensible Standortauswahl und rechtzeitige Bürgerinformation würden mit einem Schlag zerstört, wenn nach wie vor Massenunterkünfte angemietet würden, ohne den Kommunen auch nur eine Chance zu geben, sich trotz des hohen Handlungsdruckes auf diese Situation vorzubereiten. Nicht viele Flüchtlinge, sondern Intransparenz und nicht abgestimmtes Vorgehen seien die größten Belastungen für die Kommunen derzeit. Die zweite Konsequenz heiße: Schluss mit PEGIDA-Verständnis und der Verharmlosung von Rechtsextremismus. Die Staatsregierung müsse aufpassen, dass das Innenministerium nicht weiter zum Buhmann Sachsens verkomme.

Schengen aussetzen

Nach Auffassung von Frauke Petry, AfD, habe Ministerpräsident Tillich den Bürgern wieder einmal Sand in die Augen gestreut und die wahren Probleme beim Thema Asyl nicht angesprochen. Seit Jahren werde außer Acht gelassen, dass auf Europa eine Masseneinwanderung zukomme. Achtlos würden Gesetze geändert, Anreize für Wirtschaftsmigranten geschaffen und an den Innen- und Außengrenzen der EU Kontrollen abgebaut. Es sei unverständlich, wenn Vertreter der Regierung den Bruch der europäischen Verträge in der Asylpolitik und des Schengen-Abkommens nur kritisierten. Hier müsse eine härtere Gangart eingelegt werden, um den Rechtsstaat zu schützen. Es müsse kurzfristig gehandelt werden. Illegale Grenzübertritte seien zu ver-

den Freistaat kämen, zu bewahren. Bislang seien die aktuellen Herausforderungen beim Thema Asyl unterschätzt worden, woraus für die Zukunft gelernt werden müsse. Seiner Fraktion seien die Sicherheit aller Menschen, ein würdiges Leben und ein zukunftsfähiges Land, das von Zuwanderung profitiere, besonders wichtig. Die Ereig-

Kräfte gefordert



Fotos: S. Giersch

handelt. Allerdings seien viele Dinge nicht auf Landesebene zu lösen. In Europa würden eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und einheitliche Sozial- und Versorgungsstandards gebraucht.



www.landtag.sachsen.de

Uwe Nösner

Aufgabe Asyl gemeinsam meistern

CDU und SPD fordern Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda



// In der Aktuellen Stunde zur 19. Sitzung des Landtags am 18. September 2015 haben CDU und SPD die Flüchtlingssituation unter dem Titel »Nationale Aufgabe Asyl gemeinsam meistern« erneut aufgegriffen. Insbesondere ging es dabei um Fortschritte bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen auf Seite 8. //

Das Thema Asyl, so Christian Hartmann, CDU, sei für den Freistaat, die Kommunen und den Bund eine große Aufgabe. Habe Deutschland im Jahr 2008 noch zwölf Prozent der Flüchtlinge in der Europäischen Union aufgenommen, so liege der prognostizierte Wert für das Jahr 2015 bei 42 Prozent. Der Bund könne den großen Strom an Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen auf Dauer nicht allein bewältigen. Es bedürfe Lösungen auf europäischer Ebene mit klaren Strukturen und einer zwischenstaatlichen Solidarität. Es müssten klare

Regeln aufgestellt werden, wer bleiben dürfe und wie man diese asylberechtigten Menschen integriere. Selbstverständlich werde erwartet, dass Asylsuchende die Werte und Rechtsordnung Deutschlands akzeptierten. Trotzdem müsse es ihnen ermöglicht werden, ihre Kultur auszuleben.

Atempause nutzen

Albrecht Pallas, SPD, bezeichnete die Wiedereinführung von Grenzkontrollen als einen zwar schmerzlichen, aber auch nach-

vollziehbaren Schritt für alle Europäer. Die Verwaltungen und das Aufnahmesystem seien überlastet gewesen. Diese Atempause müsse genutzt werden, um den Verteilungsmechanismus zwischen den EU-Staaten in Gang zu setzen. Sein Fraktionskollege Harald Baumann-Hasske ergänzte dazu, dass eine gemeinschaftlich handelnde EU gebraucht werde, die die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen solidarisch und fair nach Leistungsfähigkeit der Aufnahmestaaten regle und umsetze. Er fordere eine gemeinsame Außen-,

Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen bekämpfe und den Flüchtlingen möglichst bereits dann helfe, wenn sie sichere Nachbarstaaten erreichten.

Gegen Abgrenzung

Durch Grenzkontrollen, so Rico Gebhardt, DIE LINKE, könnten die nationale Aufgabe Asyl nicht bewältigt und die Europäische Migrationsagenda nicht vorangebracht werden. Er glaube als Kind der DDR nicht an Mauern. Millionen Menschen hätten vor



// Christian Hartmann



// Albrecht Pallas



// Rico Gebhardt



// André Barth



// Petra Zais

und nach dem Mauerbau in Deutschland das Land verlasen. Als diese Fluchtbewegung durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs 1989 über Ungarn die entscheidende Dynamik gewann, habe der Westen geb jubelt. Nun applaudiere man, dass dieser »Eiserne Vorhang« wieder geschlossen werde. Auch innerhalb Europas ließen sich Menschen nicht auf Knopfdruck in ihren Wanderungsbewegungen lenken. Deshalb gehe es seiner Fraktion nicht darum, Menschen zu verteilen, sondern um die Kosten, die mit ihrer Integration verbunden seien. Sachsen läge in der Mitte Europas. Geschlossene Grenzen dürfe es hier nie wieder geben.

Hilfe zur Selbsthilfe

André Barth, AfD, forderte Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe, zur Bekämpfung von Fluchtursachen und für Auffanglager in den sicheren Nachbarländern der Flüchtlinge. Die Entscheidung, die Flüchtlinge aus Ungarn unkontrolliert und teilweise nicht registriert nach Deutschland zu lassen, bezeichnete er als politische Fehlleistung der Bundesregierung, die verheerende Spätfolgen haben könne. Zunächst lade die Bundeskanzlerin alle Flüchtlinge dieser Welt nach Deutschland ein, indem sie erkläre, das Grundrecht auf Asyl kenne keine Obergrenze. Das

gelte für alle Flüchtlinge, die vor einem Bürgerkrieg auf der Flucht seien. Vor dem Hintergrund von 60 Millionen Flüchtlingen weltweit sei das schlicht und einfach unverantwortlich. Mittlerweile scheine jedoch der Bundesregierung aufgegangen zu sein, dass die Lage langsam außer Kontrolle gerate.

Kapazitäten unzureichend

Die Erstaufnahme-, Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten in Sachsen, so Petra Zais, GRÜNE, seien nach wie vor unzureichend. Gebraucht werde zudem eine Verstärkung der

Integration zur Arbeitsmigration. Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer Bleiberechtsperspektive müssten oft mehr als ein Jahr des Wartens in Kauf nehmen. Hier gebe es dringenden Handlungsbedarf. Genauso, wie immer wieder gefordert werde, schnell abzuschieben, sei eine Entbürokratisierung des Verfahrens notwendig. Das gelte insbesondere für die Gruppe von Geflüchteten mit Bleiberecht, die beispielsweise aus Syrien, dem Iran oder Afghanistan geflüchtet seien. Und schließlich müssten die Fluchtursachen weiterhin bekämpft werden.

Wichtige Maßnahmen

Abschließend bezeichnete Markus Ulbig die Maßnahmen der Europäischen Migrationsagenda als wichtig. Den Worten müssten aber nun endlich Taten folgen. Worthülsen, wie sie beim ersten Treffen der EU-Innenminister zu hören gewesen seien, nützten für die Lösung der aktuellen Probleme nichts. Gleichzeitig warb der Innenminister erneut für die notwendige Unterstützung vor Ort, in den Wahlkreisen und Heimatgemeinden der Abgeordneten. Er zeigte sich davon überzeugt, dass die Aufgaben zu bewältigen seien, wenn es auch auf europäischer Ebene eine solidarische Mitwirkung gebe und sich die Europäische Union als Gesamtheit verständige, aktiv an der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik mitzuarbeiten.



// Markus Ulbig

Die Maßnahmen der Europäischen Migrationsagenda sind wichtig.

19. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch



19. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformationen zur Europäischen Migrationsagenda

Foto: S.Giersch

Die Migrationsagenda der Europäischen Kommission verknüpft innen- und außenpolitisches Handeln aller Akteure. Das sind die EU-Länder und -Institutionen, internationale Organisationen, lokale Behörden und Partnerländer außerhalb der EU. Sie zeigt sowohl sofortige als auch längerfristige Maßnahmen auf. Dazu zählen die Aufspürung, Zerschlagung und Verfolgung krimineller Schleusernetze und die Vereinheitlichung der Vorgehensweise der Länder bei der Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht. Von noch höherer Bedeutung ist die Rettung von Menschenleben durch die Verstärkung der Präsenz auf See, aber auch die Sicherung der Außengrenzen. Das europäische Asylsystem soll vereinheitlicht werden durch die Identifizierung aller Migranten und die Gleichbehandlung aller Asylbewerber. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs braucht Europa zudem Möglichkeiten für eine legale Zuwanderung.

// In der Aktuellen Stunde am 16. September 2015 forderten CDU und SPD Fortschritte bei der Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda, die Jean-Claude Juncker 2014 vorgelegt hat und die angesichts des Flüchtlingszustroms über das Mittelmeer zu den Prioritäten der EU-Kommission gehört. //

Ausdrücklich begrüßt

Deutschland und Frankreich haben sich klar hinter die Europäische Migrationsagenda gestellt und begrüßen es ausdrücklich, dass die EU-Kommission in den zurückliegenden Monaten sowohl auf technischer als auch auf politischer Ebene unermüdlich an konkreten Gesetzesvorlagen gearbeitet hat. Diese beinhalten einen dauerhaften Notverteilungsmechanismus, eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten und mehr legale Einwanderung. Ebenso werden Registrierungscentren in Griechenland und Italien aufgebaut. Gleichzeitig ist klar, dass die Kommission über kein direktes Durchgriffsrecht verfügt und auf die Mitgliedssta-

ten angewiesen ist. Nationale Regierungen müssen Mitverantwortung übernehmen.

Asylsystem beschlossen

Es gibt bereits ein 2013 beschlossenes EU-Asylsystem, welches im Juli 2015 in Kraft getreten ist. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem soll Schutzsuchenden einen leichteren Zugang zum Asylverfahren bieten und dazu beitragen, dass Asylentscheidungen gerechter und schneller getroffen werden können. Menschen, die Verfolgung zu befürchten haben, werden nicht in eine Gefahrensituation zurückgeschickt.

Bundesratsbeschluss

Zur Europäischen Migrationsagenda hat auch der Bundesrat eine Stellungnahme beschlossen. Er unterstützt die Bundesregierung bei ihren Bemühungen, die EU dazu zu bewegen, eine stärkere Verantwortung bei der Bekämpfung der Fluchtursachen zu übernehmen und einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen zu gewährleisten. Um die Probleme zu lösen, sollten die Ursachen der Migration stärker beachtet und den betroffenen Menschen langfristige Perspektiven in ihren Herkunftsländern eröffnet werden. Das hieße natürlich zuallererst, die Ursachen von Kriegen zu beenden, was seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weder in Afrika noch in Asien und nicht einmal in Europa gelungen ist.


www.ec.europa.eu



19. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

DIE LINKE: Das Märchen vom reibungslosen Start ins neue Schuljahr

Foto: R. Deutscher

Alle Jahre wieder

// Die 2. Aktuelle Debatte zur 19. Sitzung des Sächsischen Landtags am 16. September 2015 hatte DIE LINKE beantragt. Sie trug den Titel: »Alle Jahre wieder: Das Märchen vom reibungslosen Start ins neue Schuljahr«. //

Nach Auffassung von Cornelia Falken, DIE LINKE, nehme die Unterrichtsqualität in Sachsen rapide ab und würden die Probleme an den Schulen immer größer werden. Sie führte das auf über zwei Jahrzehnte verfehlter Personalpolitik zurück. Der Ministerpräsident habe zur Haushaltsdebatte gesagt: So viele Lehrer, wie gebraucht würden, so viele Stellen stünden auch zur Verfügung. Dies fordere ihre Fraktion hier und heute ein. Auch Lothar Bienst, CDU, räumte ein, dass es zu einem Schuljahresbeginn auch Probleme gebe. Mit 385.000 Schülern und 29.500 Lehrern an öffentlichen Schulen komme man auf

414.500 Menschen in diesem System. Natürlich seien hier ebenso Krankheiten und Ausfälle zu verzeichnen wie in einem Konzern mit einer knappen halben Million Mitarbeitern auch. Das sei eine ganz normale Erscheinung. Für einen planmäßigen Unterrichtsausfall fehle jeder Beweis.

Komplexes System

Dem stimmte Iris Raether-Lordiek, SPD, zu. Bei einem derart komplexen System an über 1.700 Schulen müsse akzeptiert werden, dass nicht jeder Start reibungsfrei ablaufen könne. Als ein Märchen

könne allerdings der Vorwurf der LINKEN bewertet werden, dass nach wie vor mehr Lehrkräfte ausschieden als eingestellt würden. Andrea Kersten wiederum erinnerte an die Aussage der Kultusministerin, dass vor jeder Klasse ein Lehrer stehen werde. Das mag erst einmal richtig sein, aber sie denke, es fehle der zweite Halbsatz, dass nur vor den Klassen ein Lehrer stehe, die auch tatsächlich Unterricht hätten. Es müssten Anreize geschaffen werden, um diese Situation zu ändern. Als Beispiele nannte die AfD-Politikerin finanzielle Zuschläge für Lehrer, die aufs Land gingen, und möglicherweise auch Verbeamtungen.

Hohes Engagement

Petra Zais, GRÜNE, lobte das Engagement und den Idealismus der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen, mit denen sie die Kinder und Jugendlichen auf

das Leben vorbereiteten und ihnen nicht nur das Nötigste, sondern das Notwendige beibrächten. Andererseits weise das sächsische Schulsystem aufgrund der Altersstruktur, der Seiteneinsteiger und des schulfremden Lehrpersonals inzwischen deutliche Schwächen auf, auf die reagiert werden müsse. Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus, bekräftigte dagegen noch einmal, dass im Freistaat Sachsen ein gelungener Schuljahresstart zu verzeichnen gewesen sei. Diesen als Märchen zu bezeichnen, sei nicht nur falsch, sondern unfair und diffamierend gegenüber denjenigen Personen, die sich für das System Schule einsetzen. Sie werde nicht schlechtreden, was nicht schlecht sei. Die Herausforderungen, die in der heutigen Zeit zu bewältigen seien – Unterrichtsabsicherung, Lehrereinstellung, Integration –, könnten nur gestemmt werden, wenn gemeinsam angepackt werde.



Uwe Nösner

Kinder sind ein hohes Gut

CDU und SPD wollen Qualität der Kinderbetreuung weiter schrittweise verbessern

Foto: S.Giersch

Patrick Schreiber sieht es als Herausforderung an, die Standards, über die Sachsen verfüge, auch künftig zu halten. Bei der Kinderbetreuung müsse in Sachsen endlich wieder angefangen werden, auch die positive Seite und das Erreichte zu kommunizieren. Sachsen müsse sich dem Wiederanstieg der Geburtenraten und der damit verbundenen qualitativen Betreuung stellen. Der CDU-Politiker kritisierte die Methodik des Ländermonitors »Frühkindliche Bildungssysteme« für Sachsen, in dem die Bertelsmann-Stiftung zu dem Ergebnis komme, dass in keinem anderen Bundesland die Betreuung so schlecht sei wie in Sachsen. Die Studie mache einen entscheidenden Fehler, indem sie

// Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD stand unter dem Titel »Kinder sind ein hohes Gut« die weitere schrittweise Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung auf der Tagesordnung der 20. Sitzung des Sächsischen Landtags am 17. September 2015. //

die Ausbildung des Betreuungspersonals außer Acht lasse. Damit werde verkannt, wie qualifiziert und engagiert die Erzieherinnen und Erzieher sind und wie hoch die Betreuungsqualität in Sachsen tatsächlich sei.

Stillstand beendet

Wo 20 Jahre lang Stillstand geherrscht habe, so Juliane Pfeil, SPD, sei jetzt Bewegung hineingekommen. Mit der Senkung

der Personalschlüssel in den Kindertageseinrichtungen werde die Qualität der Betreuung erstmals seit 1992 verbessert. Ihr Dank gelte allen, die sich dafür eingesetzt und den politischen Diskurs begleitet hätten. Zur letzten Bertelsmann-Studie ergänzte sie, dass Sachsen selbst mit dem verbesserten Schlüssel noch auf den hinteren Plätzen in Deutschland rangiere. Der eingeschlagene Weg sei noch längst nicht komplett zurückgelegt. Es müssten at-

traktivere Arbeitsbedingungen geschaffen werden, um verstärkt junge Fachkräfte zu gewinnen. Der pädagogische Alltag bestehe eben nicht nur aus der Kinderbetreuung, sondern auch aus Dokumentation, Elterngesprächen, Kontakt mit den Behörden und Fortbildung, was stärker anerkannt werden müsse.

Trippelschritte

Aus Sicht ihrer Fraktion, so Annekatri Klepsch, DIE LINKE, seien bei der Krippenbetreuung keine großen Schritte, sondern Trippelschritte unternommen worden. Nur sei die Kinderkrippe bei den Verhandlungen zur Schlüsselverbesserung deut-



// Patrick Schreiber



// Juliane Pfeil



// Annekatri Klepsch



// André Wendt

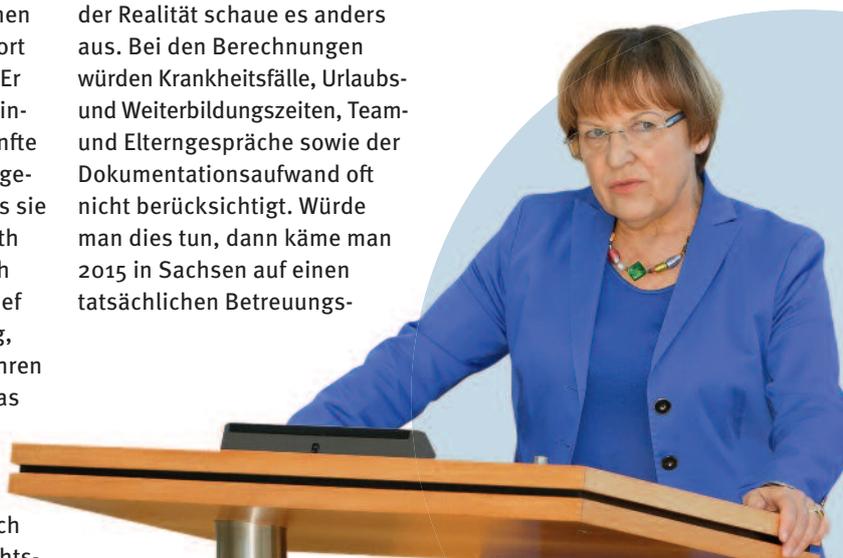


// Volkmar Zschocke

lich schlechter weggekommen als der Kindergarten. Der Hort finde gleich gar nicht statt. Er bleibe in der sächsischen Kindertagesbetreuung das »fünfte Rad am Wagen«. Auch dort gebe es Handlungsbedarf, was sie der Ministerin Brunhild Kurth noch einmal ins Stammbuch schreiben wolle. Zugleich rief die Politikerin in Erinnerung, dass es in den Neunzigerjahren die CDU gewesen sei, die das System der Kindertagesbetreuung herunterfahren und zurückbauen wollte. Bis 1996 habe es bekanntlich überhaupt noch keinen Rechtsanspruch gegeben. Nur dank der Proteste vieler Eltern habe das System damals überhaupt in dieser Breite und Vielfalt erhalten werden können.

der Realität schaue es anders aus. Bei den Berechnungen würden Krankheitsfälle, Urlaubs- und Weiterbildungszeiten, Team- und Elterngespräche sowie der Dokumentationsaufwand oft nicht berücksichtigt. Würde man dies tun, dann käme man 2015 in Sachsen auf einen tatsächlichen Betreuungs-

schlüssel in den Kindergärten von 1:15 und in den Kinderkrippen von 1:10.



// Brunhild Kurth

Qualität misst sich an der Arbeit der beteiligten Menschen.

20. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher



die vielen kleinen Schritte zu Schlüsselverbesserungen zu einem Schritt zusammenzuziehen und das Geld im Haushalt bereitzustellen.

Kontinuität bewahren

Kultusministerin Brunhild Kurth betonte, dass sich die Qualität der pädagogischen Arbeit in der Kindertageseinrichtung, der Schule oder im universitären Bereich nicht allein mit

einer nominalen Personal- oder Finanzausstattung messen lasse. Qualität messe sich vielmehr an der Arbeit der beteiligten Menschen. Selbstverständlich müssten auch die Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Personalbemessung und in der Finanzierung immer im Auge behalten werden, damit sich die Qualität der Kindertageseinrichtungen in Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern auch in Zukunft messen lassen könne.

Verschlafen

André Wendt, AfD, wies darauf hin, dass die Betreuungsschlüssel in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern besser seien und Sachsen auf den letzten Plätzen zu suchen sei. Hier habe die CDU-Fraktion all die Jahre verschlafen. Sie trage die Verantwortung dafür, dass der Betreuungsschlüssel nicht nach unten angepasst worden sei. Hier gelte es anzusetzen. Ein Betreuungsschlüssel existiere zudem nur auf dem Papier. In

Geld bereitstellen

Die Sächsische Staatsregierung, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, habe über viele Jahre schlichtweg versäumt, den guten Bildungsplan, wie er in Sachsen vorliege, finanziell so zu untersetzen, wie es notwendig sei. Wenn selbst die vereinbarten Minischritte nicht durch den Landeszuschuss gedeckt würden, müssten die Kommunen zuzahlen. Vielerorts liege deren Anteil bei über 40 Prozent. Er schlage deshalb vor,

Verbesserung des Betreuungsschlüssels



Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes wurde die Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Kindertageseinrichtungen eingeleitet. Darin wurde vereinbart, den Personalschlüssel in Kindergärten und Kinderkrippen zu senken. Der Betreuungsschlüssel wird in vier Schritten verbessert. Zuerst in den Kindergärten, später dann in den Krippen.

Kindergarten

- 1. September 2015 von 1:13 auf 1:12,5
- 1. September 2016 von 1:12,5 auf 1,12

Kinderkrippe

- 1. September 2017 von 1:6 auf 1:5,5
- 1. September 2018 von 1:5,5 auf 1:5



// Eine von der Fraktion GRÜNE beantragte Debatte zum Rechtsextremismus in Sachsen stand auf der Tagesordnung der 20. Sitzung des Sächsischen Landtags am 17. September 2015. Sie trug den Titel »Heidenau ist nur die Spitze des Eisbergs: Rassismus und Rechtsextremismus in Sachsen bekämpfen – Zivilgesellschaft stärken«. //

// Petra Zais // Foto: R. Deutscher

20. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Nur die Spitze des Eisbergs

GRÜNE fordern die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus

Petra Zais, GRÜNE, betonte, dass der Rückgang der organisierten Neonazis in Sachsen nicht wirklich beruhigen könne. Denn gleichzeitig seien rechtsextreme Strukturen zu verzeichnen, die sich der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zunehmend entzögen. Parteien wie Die Rechte und Der dritte Weg dienten in Sachsen als Unterschlupf für rechtsextreme Kader. Gleiches gelte für PEGIDA, LEGIDA und deren andere Ableger. Auch Christian Hartmann, CDU, räumte ein, dass auch Sachsen ein Problem mit rechts- und linksextremistischen Rändern habe, die nicht geduldet werden dürften. Gewalt, egal, von wem sie ausgehe, lehne seine Fraktion konsequent ab. Zugleich warnte er davor, den Begriff Rassismus zu pauschalisieren.

Nicht jede von Bürgern artikulierte Frage und Sorge dürfe gleich unter dem Vorwurf des Rassismus abgewürgt werden.

Rechte Gewalt nicht neu

Die rechte Gewalt gegen Polizisten, so Kerstin Köditz, DIE LINKE, sei nicht neu. Ausgehend von den Ereignissen in Heidenau erinnerte sie beispielgebend an den Oktober 2009 in Leipzig, als Tausende Nazis die Polizei mit Flaschen, Steinen, Feuerwerkskörpern und Eisenstangen angegriffen hätten. Zugleich wies sie auf die Verbindung zwischen Naziszene und Teilen der Hooliganszene hin, die nicht aus dem Blickfeld geraten dürfe. Kein Nazi zu sein,

so Henning Homann, SPD, bedeute nicht, dass es gut sei, ein Rassist zu sein. Auf der einen Seite dürften nicht alle Islamgegner in die Nazi-Ecke gestellt, andererseits der Rassismus nicht verharmlost werden. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags führten bei Bürgergesprächen Diskussionen, in denen sie sich darum bemühten, aufklärerisch zu wirken und Vorurteile zu widerlegen.

Auch Linksextremisten

André Barth, AfD, bezeichnete es als verwunderlich, dass im Zusammenhang mit den Krawallen von Heidenau lediglich von rechtsextremistischen Ausschreitungen seitens der linksrotgrünen Einheitsfront

die Rede sei. Nachprüfbar stehe fest, dass in Heidenau auch Linksextremisten randaliert hätten und gewalttätig gegen Polizisten vorgegangen seien. Er fordere die CDU dazu auf, den in Sachsen zunehmenden Linksextremismus genauso zu bekämpfen wie den Extremismus von rechts. Um die Zivilgesellschaft zu stärken, so Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, sei das Programm »Weltoffenes Sachsen« unter anderem in der Ausrichtung auf die Schulen verstärkt worden. Inzwischen seien bereits 64 Schulen zu verzeichnen, die sich mit Courage gegen Rassismus engagieren wollten. Gewalt sei keine Lösung, ganz gleich, in welchem Land. Angst dürfe in Sachsen keine Zukunft haben.

Eindrücke vom Tag der Sachsen in Wurzen

Foto: O. Killig

// Beim diesjährigen Tag der Sachsen vom 4. bis 6. September war der Sächsische Landtag mit einem Veranstaltungszelt und einer Bühne vertreten. Zahlreiche Gäste fanden sich ein, um sich über das Parlament und verschiedene Vereine in Sachsen zu informieren. //



Hans-Peter Maier

Nein, eine Gaststätte ist das nicht

Eindrücke vom 24. Tag der Sachsen in Wurzen vom 4. bis 6. September 2015

Augenzwinkernd haben wir uns mehrfach am Tag der Sachsen in Wurzen zugelächelt und gefragt, welche Faszination dieses Volksfest denn so ausübt. Es ist nicht das unbeständige Wetter, das mit viel Wind, gelegentlich gern auch mal eiskalt und auch immer mal wieder kombiniert mit Regen, der durchaus nicht immer waagrecht ins Zelt getrieben wird, am Ende doch sehr müde macht. Es ist auch nicht die zermürende Lautstärke. Nein! Es sind die Menschen, die uns ganz vielschichtige Begegnungen ermöglichen.

Im Zentrum steht unsere Wanderausstellung, die exemplarisch am Beispiel des Sächsischen Landtags darstellt, wie ein Parlament funktionieren kann, was der Unterschied ist zwischen Fraktion und Partei, was ein parlamentarischer Geschäftsführer zu tun hat und welche Aufgaben in Ausschüssen und welche in Arbeitskreisen besprochen und erfüllt werden. Zu dieser Wanderausstellung gibt es Fragen; zehn Stück an der Zahl, die, wie wir glauben, alle recht einfach zu beantworten sind, weil eben dies doch mithilfe des Textes auf den Tafeln so leicht zu bewerkstelligen ist. Wir freuen uns über jeden, der sich zehn Minuten Zeit für das Quiz nehmen kann und will. Deshalb hatten wir auch Stehtische und bequeme Barhocker besorgt, zum Hinsetzen, Verweilen und Pause machen.

Wie bei so vielem gilt auch hier: Wer liest, ist im Vorteil. Die Frage nach der aktuellen Anzahl der Fraktionen im Sächsischen Landtag ist grundsätzlich erst einmal ehrenvoll. Gestellt vor der Tafel mit der entsprechenden Grafik grundsätzlich auch!

Dankesbotschaften

Klug, dachten wir, wäre es, wenn wir die Ausgabe von Kugelschreibern an das Ausfüllen der Quizfragen koppelten: »Sie bekommen einen Kugelschreiber von mir, wenn Sie sich ein wenig Zeit für die Beantwortung der Fragen nehmen. Nicht wahr?« Am Ende hatten wir doch Quizzettel gefunden, die Einige für eine kurze Dankesbotschaft für die freundliche Vergabe eines unserer Kugelschreiber genutzt hatten.





Fotos: O. Killig

Da wir am Tag der offenen Tür im Landtag am 3. Oktober in der Zeit zwischen 14 und 18 Uhr wieder ein Quiz haben werden, sei an dieser Stelle gesagt, dass der 1. Preis zwei Karten für die Semperoper sind, bei der wir uns für die Unterstützung sehr bedanken. Die Opernkarten sind verbunden mit einer Übernachtung oder einem Essen in Dresden – ebenfalls für zwei Personen. Das Ausloben weiterer Preise haben uns die Zoos in Leipzig und Dresden ermöglicht.

Klar gab's Tüten – auch für die Oma und den Rest der Verwandtschaft. Tüten gehen immer weg. »Wie warme Semmeln«, sagen viele. Das Gleiche gilt für Gummibärchen und andere »give-aways«, die wir beispielsweise am Glücksrad ausgegeben haben.

Großes Interesse wurde wieder einmal dem Schülerkalender des Landtags entgegengebracht, der mittlerweile solch ein Magnet geworden ist, dass wir uns bereits vor dem Tag der Sachsen vor Bestellungen kaum retten konnten. Ganze Kontingente gehen an Schulen bzw. an Multiplikatoren, die die Kalender an Schulen verteilen. Uns freut natürlich dieser Zuspruch.



Wichtig und unverzichtbar

In unmittelbarer Nähe des Zeltes – dies ist seit Jahren ein fester Bestandteil unseres Auftritts beim Tag der Sachsen – steht unsere Bühne. Wir stellen sie, in Absprache mit dem Veranstalter, Vereinen zur Verfügung, die sich auf ihr präsentieren können. Die Organisation des Planes liegt bei der entsprechenden Stadt – für den September 2016 also bei Limbach-Oberfrohna. Genutzt wird die Bühne auch für Interviews mit Ministern und Fraktionsvorsitzenden, die unisono den Tag der Sachsen als wichtig und unverzichtbar hielten. Der Ministerpräsident des Freistaates, Stanislaw Tillich, riet darüber hinaus zu Ruhe und Besonnenheit in der Diskussion um Flüchtlinge und Asylsuchende. Auch der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbner, mahnte Gelassenheit an und freute sich als Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen« auch darüber, Löbau als Veranstalter des Tags der Sachsen 2017 bekannt geben zu dürfen.

In Würzen war das Zelt genau gegenüber der Bühne aufgebaut und die Beschallung entsprechend. Die Barhocker an den Tischen waren auch dann besetzt, wenn sie nicht zum Zwecke des Arbeitens mit dem Quizzettel genutzt wurden. Man saß gut und hörte zu, was da von der Bühne kam. Fürs Auge war ja auch immer mal wieder etwas dabei.

Ins Schwanken gebracht hat uns dann doch ein Satz, der so vieles ausdrückte. Verschiedene Gäste waren mit einem »Coffee to go« ins Zelt gekommen, hatten sich einen kleinen Snack besorgt oder waren sonst angetan vom gefühlten Ambiente. Sie setzten sich auf die freien Barhocker und schauten dem Bühnentreiben zu, während sie aßen und tranken. Andere sahen das und grübelten ob des unerwartet ausgefallenen Services: »Das ist ja gar keine Gaststätte!«.



Katja Ciesluk

Serviceorientiert, informativ und bürgernah

Neuer Internetauftritt des Sächsischen Landtags

// Der Sächsische Landtag hat seinen Internetauftritt überarbeitet. Dieser ist seit dem 2. September 2015 online. Der Auftritt wurde optisch neu gestaltet sowie technisch und inhaltlich weiterentwickelt. //

Mit einem klaren Design präsentiert die Internetseite den Landtag als transparente und bürgernahe Interessenvertretung. Größere Bilder und Texte dienen der Übersichtlichkeit und verbessern die Lesbarkeit auf mobilen Endgeräten. Auch inhaltlich orientiert sich der Auftritt noch stärker an den Bedürfnissen der Bürger.

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner:
»Informieren Sie sich hier jederzeit aktuell.«

»Der Sächsische Landtag vertritt die Interessen der Bürger. Informieren Sie sich hier jederzeit aktuell über das Geschehen in Ihrem Parlament und Ihre Möglichkeiten, Politik aktiv mitzugestalten«, lädt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler die Bürger ein, den überarbeiteten Onlineauftritt des Parlaments zu besuchen.

Startseite:
das Wichtigste aus dem Parlament
auf einen Blick



Bereits auf der Startseite finden die Nutzer auf einen Blick die wichtigsten Informationen: Wann finden die nächsten Sitzungen statt? Was steht dort auf der Tagesordnung? Welche Veranstaltungen finden im Landtag statt? Worüber haben die Abgeordneten zuletzt im Plenum diskutiert? Antworten werden in kompakter und nutzerfreundlicher Form gegeben.

Der Wegweiser »Wie können wir Ihnen helfen?« kanalisiert die Anliegen der Bürger und dient somit der schnellen Navigation durch das Onlineangebot. Die Liveübertragung aus dem Plenum ist künftig direkt über die Startseite erreichbar. An den anderen Tagen gibt ein Video einen kurzen Einblick in die Arbeit des Sächsischen Landtags und der Abgeordneten. Außerdem können sich die Nutzer zu ausgewählten Themen regelmäßig informieren lassen und dafür einen Benachrichtigungsdienst abonnieren.

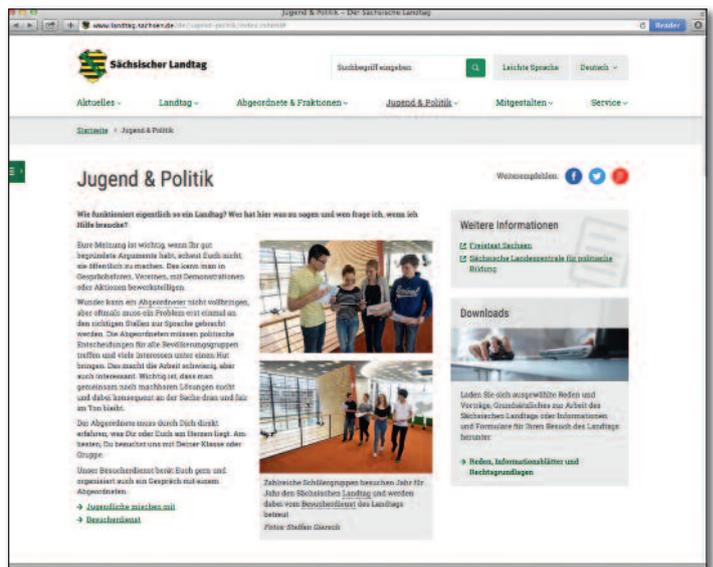


Sächsischer Landtag twittert

Seit dem Start des neuen Internetauftritts ist der Sächsische Landtag beim Kurznachrichtendienst Twitter aktiv. Auf dem Kurznachrichtendienst informiert die Landtagsverwaltung aktuell über Veranstaltungen, Tagesordnungen, Ausstellungen und neue Publikationen. Bereits eine Woche nach Freischaltung des Accounts folgen mehr als 240 Institutionen und Personen dem Sächsischen Landtag auf Twitter. Twitter hat den Account des Sächsischen Landtags verifiziert: Ein weißes Häkchen in einer blauen Wolke im Profil des Sächsischen Landtags bestätigt damit den Nutzern, dass hier tatsächlich der Sächsische Landtag twittert. Der Sächsische Landtag ist das fünfte Landesparlament mit einem eigenen Twitterkanal. twitter.com/sax_ltd

Rubrik »Jugend und Politik«: modern und multimedial

Der Sächsische Landtag hat in Zusammenarbeit mit Fachberatern für Gemeinschaftskunde seine Jugendseiten modernisiert. So veranschaulicht eine dynamische Info-Grafik das Wichtigste zur Arbeit des Parlaments altersgerecht und multimedial. Damit wird den Informationsbedürfnissen dieser Zielgruppe entsprochen.



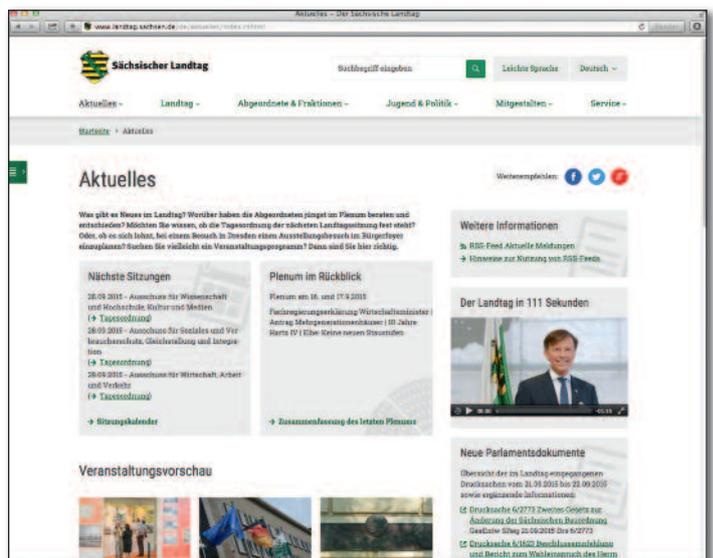
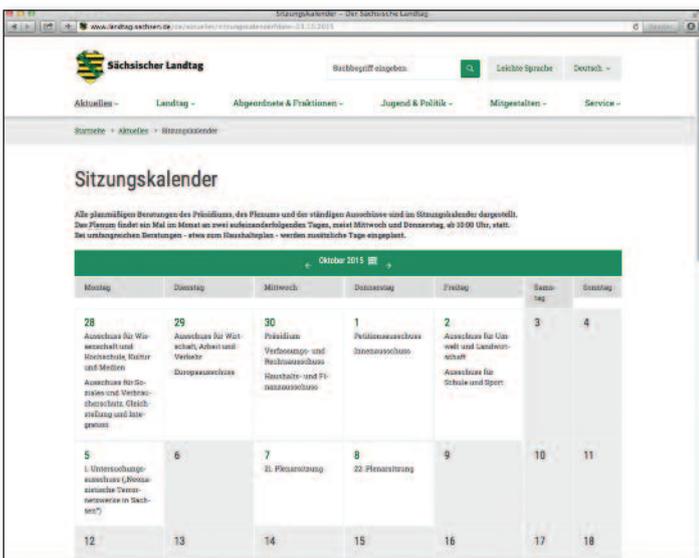
Sitzungskalender: alle Sitzungsinformationen in kompakter Form

Der Sitzungskalender zeigt alle planmäßigen Sitzungen des Plenums, der Ausschüsse und des Präsidiums. Diese sind direkt mit den dazugehörigen Tagesordnungen (Plenum, Ausschüsse) sowie Beschlüssen, Protokollen und Videoaufzeichnung (Plenum) verknüpft.

Um keine Sitzung zu verpassen, können die Nutzer die Termine zudem mit einem Klick in ihren eigenen Kalender übernehmen.

Rubrik »Aktuelles«: Ausbau der parlamentarischen Berichterstattung

»Plenum im Rückblick« berichtet über ausgewählte Tagesordnungspunkte des Plenums und verknüpft diese mit der dazugehörigen Sequenz aus dem Plenarvideo sowie den entsprechenden Drucksachen. Unter »Neue Parlamentsdokumente« finden die Nutzer außerdem stets einen aktuellen Überblick über die zuletzt im Landtag eingegangenen Drucksachen.



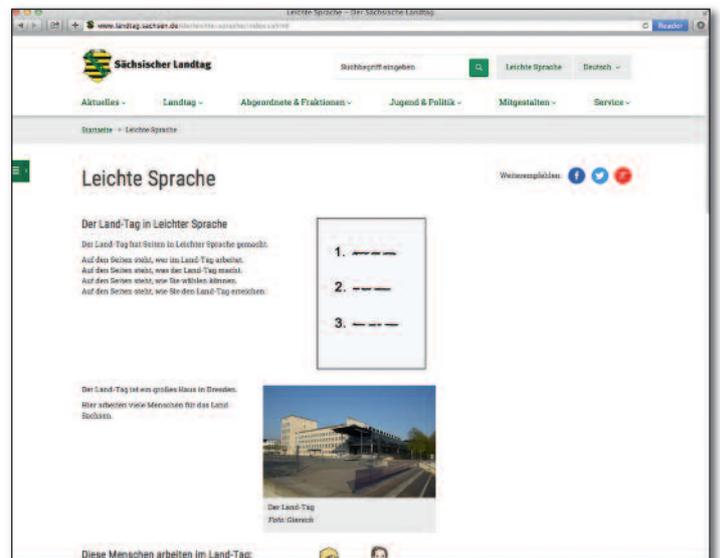
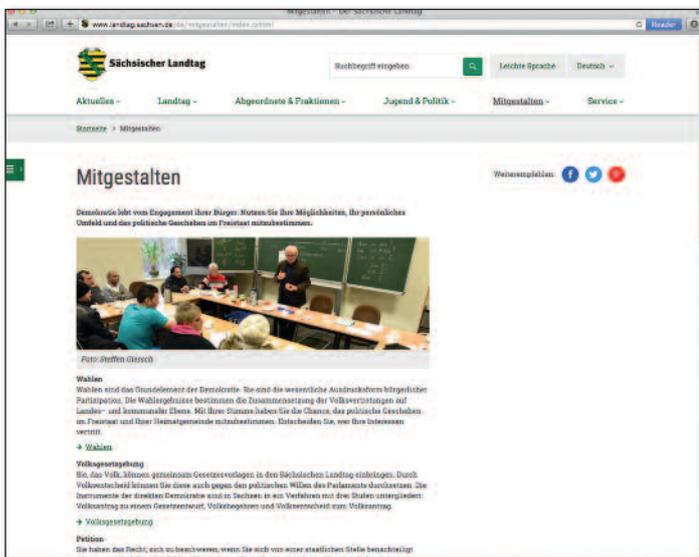


www.landtag.sachsen.de

Neue Rubrik »Mitgestalten«: Engagement der Bürger stärken



Die Rubrik »Mitgestalten« zeigt den Bürgern vielfältige Wege auf, wie sie das gesellschaftliche und politische Geschehen im Freistaat Sachsen mitbestimmen können. Ob bereits als Schüler vor Ort auf kommunaler Ebene oder im Ehrenamt – die Möglichkeiten des persönlichen Engagements sind vielfältig.



Seiten in Leichter Sprache



Basisinformationen über den Sächsischen Landtag sind ab sofort in Leichter Sprache verfügbar. Diese Seiten sind besonders einfach verständlich und richten sich an Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen über eine geringe Kompetenz der deutschen Sprache verfügen.

Verbessert wurden außerdem die Anzeige sowie die Recherchemöglichkeiten von Tagesordnungen des Plenums und der Ausschüsse sowie die Abgeordnetensuche.

Rückblick auf drei Ausstellungen im Bürgerfoyer



Foto: O. Killig

// Im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags waren kürzlich drei Ausstellungen zu wichtigen Themen der jüngeren Vergangenheit zu sehen. »Neue Bahnen« widmete sich der Frauenbewegung in Deutschland, während mit »Die Gerufenen« und »Erzwungene Wege« Auswanderung, Flucht und Vertreibung thematisiert wurden. //

Allzeit »Neue Bahnen«

Martina Findeisen

Foto: O. Killig

»Wir eröffnen heute eine Ausstellung, die der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig vor 150 Jahren und der ersten gesamtdeutschen Frauenzeitschrift vor fast 90 Jahren gewidmet ist. Mit dem Ausstellungstitel wollen die Künstlerinnen an den Geist und die Innovationskraft jener Zeitschrift anknüpfen, die 1926 unter dem Namen Neue Bahnen gegründet wurde. Zugleich soll an deren Herausgeberinnen und Mitbegründerinnen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt erinnert werden«, so Landtagsvizepräsident Horst Wehner in seiner Begrüßungsansprache. Was die Frauenbewegung in Deutschland und Mitteleuropa betreffe, so blicke Sachsen auf eine reiche Tradition zurück. Dasselbe gelte für eine Fülle von unvergänglichen schöpferischen Leistungen von Frauen im Bereich der Künste von der Bildenden Kunst bis hin zur Musik und deren Beiträgen

// Vom 23. Juli bis 19. August 2015 wurde im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Neue Bahnen.2015« gezeigt, die von den Künstlerinnen der GEMEINSCHAFT DEUTSCHER UND OESTERREICHISCHER KÜNSTLERINNEN UND KUNSTFÖRDERER (GEDOK) der Regionalgruppen Leipzig/Sachsen und Bonn und der Fachgruppe Bildende Kunst in Kooperation mit dem Sächsischen Landesfrauenrat entstand. Eröffnet wurde sie am 22. Juli. //

zur Entfaltung des Kultur- und Geisteslebens in Sachsen. Diese Tendenzen seien am Sächsischen Landtag nicht spurlos vorübergegangen, der in der Vergangenheit bereits Künstlerinnenvereinigungen durch Ausstellungen gewürdigt und zu deren öffentlicher Wahrnehmung beigetragen habe. In all diese Bemühungen reihe sich die Wanderausstellung »Neue Bahnen« auf unverwechselbare und einzigartige Weise ein.

Erfolgreiche Zusammenarbeit im Netzwerk

Brigitte Blattmann, stellvertretende Vorsitzende des GEDOK Leipzig/Sachsen e.V., dankte insbesondere dem Landesfrau-

enrat Sachsen für die Unterstützung bei der Realisierung der Idee, die Ausstellung im Sächsischen Landtag zu zeigen, und dem Landtagspräsidenten für die Zustimmung zum Projekt. Sie verwies darauf, dass es nicht nur eine Ausstellung sei, die eröffnet werde, sondern auch die Fortsetzung einer innerdeutschen Begegnung und künstlerischen Zusammenarbeit. Die großartige Gastfreundschaft, die die Leipziger Künstlerinnen in Bonn erfuhren, die persönlichen Gespräche über Kunst, Kultur und Politik sowie der Fachaustausch würden vielen der beteiligten Künstlerinnen in Erinnerung bleiben. Diese Ausstellung zeige, wie erfolgreich die Zusammenarbeit im Netzwerk künstlerisch und gesellschaftlich sein kann.

Zeitgeist oder Prophetisches – alles ist da

Die Kunsthistorikerin Dr. Heidrun Wirth aus Bonn führte anschließend in sehr lebendiger Form in die Ausstellung und ihre Exponate ein und resümierte: »Kunst hat trotz aller Zeitgebundenheit immer mit Zeitlosigkeit zu tun, das heißt, mit einer überhöhenden zeitlosen Gültigkeit. (...) Kunst ist aber auch nicht anders denkbar, als dass sie sich immer neue Bahnen bricht. Egal also, ob Sie Neues suchen oder lieber da anknüpfen, wo sich im Laufe Ihrer Beschäftigung mit Kunst schon Strukturen herausgebildet haben, ob Sie den Zeitgeist oder das Prophetische suchen, (...), Beruhigung oder Provokation – alles ist da, suchen Sie sich das Ihnen Adäquate aus, kommen Sie ins Gespräch.« Dieser Einladung folgten die Besucher sehr gern.

»Lassen Sie uns aus der Geschichte lernen!«

Ausstellungen des Bundes der Vertriebenen und des Zentrums gegen Vertreibung



// Stellen Sie sich vor, Sie würden ermuntert, sich bei einem besseren Auskommen und zuverlässigeren Karriereaussichten eine neue Existenz aufbauen zu können – zwar fernab von der Heimat, aber zusammen mit Anderen und Gleichgesinnten! //

Das ist der Stoff, aus dem (Familien-) Geschichten ethnischer Minderheiten sind – seit mehreren Hundert Jahren, weltweit.

Doch bauen wir Menschen leider nicht nur auf. Wir zerstören das Aufgebaute auch immer wieder. Wir nennen das Krieg. Der wiederum sei einmal »gut« und »wichtig«, dann wieder »gerecht«, manchmal sogar »heilig«, meistens »zerstörerisch«. Letztlich vernichtet er die Basis unseres Zusammenlebens, weil nichts und niemand mehr unsere Existenz schützt.

»Die Gerufenen« ist eine Ausstellung, die zeigt, wann und wie Menschen Anreize gegeben wurden, auszuwandern, wie sie die alte Heimat langsam, aber stetig durch die neue ersetzt haben, wie ihnen die neue dann, durch Krieg und Vertreibung, entrissen wurde und wie sie schließlich – gemäß dem Motto der zweiten Ausstellung – über »Erzwungene Wege« erneut zu neuen Ufern strebten.

Ausstellungen ergänzen sich

Es war sicher im Sinne der Macher vom Bund der Vertriebenen und von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung, die beiden Ausstellungen am 25. August 2015 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags so zu präsentieren, dass sie einen Zusammenhang zwischen Flucht und politischen Krisen darstellten und sich so auf ideale Weise ergänzten.



// Dr. Matthias Rößler // Fotos: T. Schlorke



In seiner Grußadresse umriss Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Problematik auf eingängige Art. Die Weltkriege des 20. Jahrhunderts hätten auch zu einer Entwurzelung der Deutschen im Ausland geführt. Kriege würden Vertreibung, aber auch ökonomische Katastrophen mit sich bringen. Das sei im Jahr 2015 wiederum sehr deutlich geworden. »Lassen Sie uns aus der Geschichte lernen«, rief Rößler den über 80 Besuchern der Vernissage zu: »Heute kommen Fremde nach Deutschland, so wie Deutsche noch vor wenigen Jahrzehnten selbst Schutz und Geborgenheit suchten!«

Ausrichtung auf Grundwerte

Der Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete und dortige Landeschef des Bundes der Vertriebenen, Egon Primas, wies ebenfalls darauf hin, dass das Gegeneinander der Völker und Staaten immer zu Zusammenbrüchen geführt habe. Die Ausstellung liefere einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung: »Sie richtet den Blick auf Grundwerte, die in demokratischen Gesellschaften unveräußerlich sind!«

Seiner Führung durch die Ausstellung stellte Kurator Wilfried Rogasch eine »im Grunde ganz simple Erkenntnis« voran, welche die wissenschaftlich fundierte Aufbereitung von Krieg und Vertreibung in der Historie als unverzichtbar erachtet: »Ohne Ortskenntnisse kann es keine Geschichtskennntnisse geben!«

Die beiden Ausstellungen konnten bis zum 24. September dieses Jahres im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags studiert werden.



Hans-Peter Maier

»Ohne Geschichte versteht

// Vom 28. bis 30. Oktober 2015 werden sich auf Einladung des Sächsischen Landtags und in Kooperation mit der TU Dresden im Dresdner Ständehaus arrivierte Historiker ein Stelldichein geben und zum Thema »Landtagsgeschichte« beraten und arbeiten. Rund einen Monat später – am 25. November – wird in einer Folgeveranstaltung im Plenarsaal auf Einladung des Sächsischen Landtags und des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus der didaktische Überbau für den täglichen Gebrauch für Fachlehrer methodisch noch einmal aufbereitet. Professor Dr. Johannes Helmraht wird am Mittwoch, dem 28. Oktober einen Vortrag zum Thema halten. Wir hatten die Gelegenheit, vorher mit ihm zu sprechen. //

Neben zahlreichen anderen Tätigkeiten ist der Mediävist Prof. Dr. Johannes Helmraht auch als Sprecher eines Sonderforschungsbereichs (SFB) tätig, der sich mit Transformationsprozessen der Gesellschaften seit der Antike befasst. In diesem SFB sind rund 20 Professoren und 60 Doktoren und Mitarbeiter engagiert. Wichtig seien Analysen von »Aneignungsprozessen«, aus denen abzulesen sei, wie sich Werte aus der Antike kommend mit Grundeinstellungen späterer Jahrhunderte vermengt hätten. Ein Beispiel dafür sei das sogenannte »Lothar-Kreuz« aus dem 11. Jahrhundert, das eine Gemeine des Karolingers mit einem christlichen Kreuz zeige, die aber verwoben sei mit einem

Kameo (einem geschnittenen Bild) des römischen Kaisers Augustus, der bereits im 1. Jahrhundert verstorben war.

Besonders aber fasziniere ihn das Werden dessen, was wir als demokratische Mitbestimmung in einem modernen bürgerlichen Gemeinwesen begreifen. Verinnerlichen könne man das Ganze tatsächlich nur, weiß Helmraht, wenn die Genese ordentlich aufbereitet worden sei: »Wer die Geschichte nicht kennt, versteht die Gegenwart nicht und hat keine Ideen für die Zukunft!«

Wie am »Lothar-Kreuz« verdeutlicht, hätte es jene Dualität von weltlicher und geistlicher Macht gegeben, die immer wieder den unterschiedlichsten Zerreißproben standgehalten habe. Diese Zweiteilung der Eliten sei eine Besonderheit des Mittelalters. Von Bedeutung sei aber gerade das gleichzeitige Wirken von Interaktion und Parallelität: »Das Miteinander wie das Abkapseln waren beides diametrale Bestandteile der mittelalterlichen Gesellschaft der Privilegierten.«

Fäden in einer Hand

Die Landesherren hätten beide, sowohl die weltlichen als auch die geistlichen Führer, zu den Landtagen eingeladen. So konnten sie die Fäden in der Hand behalten und bestimmen, wann und wo sich wer treffen sollte. Diese Verfahrensweise des Mittelalters schuf zwar die Gelegenheit zur Aussprache und zum Austausch von Meinungen und Erfahrungen, konnte aber keinerlei terminliche Verlässlichkeit



Fotos: A. Hiss

man die Gegenwart nicht!«

garantieren: »Occasionalität (Gelegentlichkeit) verhindert Kontinuität.«

Der Philosoph und Kunsthistoriker spannt einen weiten Bogen. Helmuth von Helldorf beginnt mit dem frühen 15. Jahrhundert, als in Leipzig 1438 ein legendärer Landtag einberufen wurde, auf dem den dort versammelten Privilegierten avisiert worden war, sich künftig auch ohne Einladung des Landesherren zu einem Landtag zu versammeln. Erst danach entstand mehr Verlässlichkeit, was die Termine und die Veranstaltungsorte, teilweise auch die Themen betraf. Das Ende des 30-jährigen Krieges markierte ebenfalls einen Einschnitt im föderalen Wachstum. Fünfzehn Jahre nach den Friedensschlüssen in Münster und Osnabrück wurde im Jahre 1663 die Einrichtung eines »immerwährenden Reichstages« beschlossen, der auch als Folge der seit dem 18. Jahrhundert wachsenden

»landtagsähnlichen Gebilde« nach dem Niedergang der napoleonischen Ära 1815 die Gründung des »Deutschen Bundes« mit sich brachte. Dieses Bündnis hatte bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1871 Bestand.

Meilensteine eines Prozesses – beinahe möchte man den Begriff »Demokratiebewegung« im Sinne politischer Mitbestimmung bemühen –, der seit vielen Jahrhunderten andauert: »Wir können feststellen, dass es immer schon demokratische Bestrebungen gegeben hat!« Und obwohl der Begriff »Föderalismus« an dieser Stelle irreführend sein könnte, da »demokratische Bestrebungen« nicht mit »Entstehen des Föderalismus« gleichzusetzen sei, unterstrichen Ergebnisse der Geschichtsforschung das Postulat von der »Tradition des Föderalismus in unseren Breiten«.

Rolle Sachsens

Vor allem Sachsen falle hier eine ganz besondere Rolle zu. Diese Rolle hätten sich die Sachsen erarbeitet und sicherlich sei dies auch gefördert worden durch eine Internationalität, die durch August den Starken und seinen Sohn vorangetrieben worden sei. Die Einzigartigkeit Sachsens bestehe wohl in der Tatsache, dass einmal verhandelte Errungenschaften hier in Sachsen hartnäckig und letztlich nachhaltig verteidigt werden konnten: »Andere Länder haben die entstandenen Landtage nach und nach untergepflügt, so dass keine ähnlichen Zeugnisse wie in Sachsen auffindbar gewesen wären.«

Selbst die zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert eingeleiteten insgesamt acht Teilungen hätten die – gemächliche – Entwicklung einer föderalen Struktur nicht stoppen können.

Die Offenlegung der Geschichte der Landtage und weitere Forschungen seien unverzichtbar, erklärt Helmuth von Helldorf. Sein Besuch in Dresden am 28. Oktober ist für ihn ein Muss – als Anerkennung für die Arbeit seiner Kollegen, für seine eigene Forschung und im Rahmen seiner Sprechertätigkeit für die Internationale Kommission für die Geschichte von Parlamenten und repräsentativer Institutionen (ICHPRI), die vergleichende Parlamentsforschung auch als einen Beitrag zur »weiteren demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft« versteht.



Foto: R. Deutscher

Besuch aus Zhangjiakou

Vom 23. bis 27. August 2015 besuchte eine Delegation aus Zhangjiakou/China den Freistaat Sachsen. Neben sieben Vertretern der Stadtregierung gehörten der Delegation auch 19 Vorstandsvorsitzende führender Wirtschaftsunternehmen an. Die Stadt Zhangjiakou wird gemeinsam mit Peking die Olympischen Spiele 2022 ausrichten. Vor diesem Hintergrund wollten sich die Gäste über verschiedene Wirtschafts- und Eventmanagementkonzepte informieren. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller begrüßte die Gäste zum Auftakt des Besuchsprogramms im Sächsischen Landtag. Der Delegationsleiter, Bürgermeister Wu Weidong, trug sich ins Gästebuch des Parlamentes ein, bevor die Delegation dann zu einem Gespräch mit dem Landtagspräsidenten zusammentraf. Stationen des anschließenden Besuchsprogramms waren u. a. das Erlebnisweingut Schloss Wackerbarth, der Event-Park BELANTIS und die Bobbahn in Altenberg.



Foto: S. Füssel

Ukrainischer Botschafter besuchte den Landtag

Am 18. August stattete der Botschafter der Ukraine, S. E. Andrij Melnyk, dem Sächsischen Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Vizepräsidentin Andrea Dombois empfing den Diplomaten zum Gespräch im Ständehaus. Ein Thema war die politische und wirtschaftliche Situation in der Ukraine. Vizepräsidentin Andrea Dombois machte deutlich, dass der Sächsische Landtag aufgrund seiner Erfahrung bei der politischen Transformation als Ansprechpartner zur Verfügung stehen könne. Außerdem sprachen sie über die aktuelle Flüchtlings- und Asylbewerbersituation in der Europäischen Union.

Melnyk ist seit Dezember 2014 Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland.

Am 16. September wurden zwei neue Abgeordnete im Sächsischen Landtag durch Präsident Dr. Matthias Röbller verpflichtet.



Fotos: S. Giersch

// Karin Wilke (AfD)



// Katja Meier (GRÜNE)



[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden,
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

19. – 20.11.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:

19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden
Sie unter
[www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gast-
autoren geben nicht
zwangsläufig die Meinung
der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentari-
schen Öffentlichkeitsarbeit
herausgegeben. Die Abgabe
erfolgt kostenfrei. Eine
Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von
Parteien, Fraktionen,
Mandatsträgern oder Wahl-
bewerbern – insbesondere
zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig,
ebenso die entgeltliche
Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 18.09.2015